



AUSWERTUNG DES „REICHSBÜRGER“- SPEKTRUMS IN RHEINLAND-PFALZ

Stand 2. Mai 2017

Anlass

Die heterogene Szene der sogenannten Reichsbürger ist in der jüngeren Zeit aktiver und in Teilen auch aggressiver geworden. Ein tragischer Beleg dafür sind die tödlichen Schüsse eines mutmaßlichen „Reichsbürgers“ auf einen Polizeibeamten im Oktober vergangenen Jahres im bayerischen Georgensmünd. Auch Rheinland-Pfalz ist von dem bundesweiten Phänomen mit betroffen.

Im November 2016 wurde die gezielte bundesweite Beobachtung des gesamten „Reichsbürger“-Spektrums nebst den sogenannten Selbstverwaltern durch den Verfassungsschutz aufgenommen.

Im Dezember 2016 wurde in Rheinland-Pfalz eine themenbezogene interministerielle Arbeitsgruppe unter der Beteiligung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) und des Gemeinde- und Städtebundes eingerichtet. Erste Aufgabe dieser Arbeitsgruppe war die umfassende Bestandsaufnahme der „Reichsbürger“-Szene in Rheinland-Pfalz.

Vorgehen

Vorrangiges Ziel der Bestandsaufnahme ist die Gewinnung valider Daten, die Grundlage für weitere Maßnahmen bilden sollen. Dazu wurde u.a. eine Ressortabfrage eingeleitet. Die Verwaltung war dabei bis auf die Ebene der Verbandsgemeinden einbezogen. Der Abfragezeitraum erstreckt sich auf die Jahre 2016/17, um ein möglichst aktuelles Abbild zu gewinnen.

Ergebnisse

I. Personenpotential

Rechtliche Voraussetzung für die Erfassung/Speicherung von Personen durch den Verfassungsschutz ist das Vorliegen von Anhaltspunkten für den Verdacht politisch motivierter Verhaltensweisen (Bestrebungen) gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder anderer in § 5 Landesverfassungsschutzgesetz genannter Schutzgüter. Entsprechende Hinweise sind im vorliegenden Zusammenhang insbesondere:

- Zugehörigkeit zu Personenzusammenschlüssen des „Reichsbürger“-Spektrums,
- Aktivitäten für oder im Sinne eines solchen Personenzusammenschlusses,
- Auftreten gegenüber Behörden, insbesondere in Fällen unter Einnahme einer drohenden Haltung,
- Verbreitung von Propagandamaterial, einschlägigen Schriften des „Reichsbürger“-Spektrums,
- Agitation im Sinne der Weltanschauung des „Reichsbürger“-Spektrums.

Derzeit erfüllen 407 Personen diese Kriterien für eine Erfassung - d.h. Speicherung - durch den Verfassungsschutz. Sie sind Gegenstand der weiteren Auswertung.

Bei 281 der erfassten Personen handelt es sich um Männer (69 %), 126 Personen sind weiblich (31 %).

Die Altersstruktur des rheinland-pfälzischen „Reichsbürger“-Spektrums zeigt einen deutlichen Überhang der über 50jährigen:

- 7 % (29) bis 30 Jahre,
- 34 % (138) über 30 bis 50 Jahre,
- 58 % (236) über 50 Jahre.
- Bei einem Prozent - d.h. 4 Personen - liegen keine Altersangaben vor.

II. Gruppenzugehörigkeit / Organisationsbindung

Die 407 erfassten Personen unterteilen sich in:

- 372 Einzelpersonen (91 %) und
- 35 Personen mit zu vermutender Gruppenzugehörigkeit (9 %).

Die zu vermutende Gruppenzugehörigkeit erstreckt sich vornehmlich auf die Gruppierungen „Freistaat Preußen“ (20 Personen) und „Bundesstaat Bayern“ (15 Personen).

Bei der Gruppierung „Freistaat Preußen“ handelt es sich um eine Abspaltung der im Oktober 2012 gegründeten gleichnamigen Organisation, letztere mit Hauptsitz in Niederkrüchen (Nordrhein-Westfalen). Einer Internetseite kann entnommen werden, dass sie zusammen mit anderen Gruppen - wie u.a. „Bundesstaat Bayern“ - einen fiktiven „Staatenbund Deutsches Reich“ bildet, der sich auf die Reichsverfassung von 1871 beruft. Auf Schriftstücken der Gruppe „Freistaat Preußen“ befindet sich der Hinweis auf eine „Poststelle Zentralverwaltung“ unter einer Adresse in Königfeld/Eifel. Von dort werden regelmäßig und bundesweit einschlägige Schriftstücke an Behörden und Institutionen versandt.

Die im Dezember 2015 gegründete Gruppe „Bundesstaat Bayern“ mit Sitz in Landsham bei München strebt die Einleitung der „Reorganisation des Bundesstaats Bayern“ an. Sie verfügt auch über Mitglieder und Sympathisanten außerhalb Bayerns. Am 7. Februar 2017 kam es in den Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zum Vollzug mehreren Durchsuchungsbeschlüssen bei Personen, die der Führungsstruktur des Bundesstaates Bayern angehören, sowie bei neun Sympathisanten und Beziehern diverser Ausweise der Gruppierung. Hintergrund der Durchsuchungsmaßnahmen war ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft München II wegen des dringenden Tatverdachts der banden- und gewerbsmäßig begangenen Urkundenfälschung sowie Amtsanmaßung.

Anmerkung: Die o.g. Gruppe „Freistaat Preußen“ ist nicht zu verwechseln mit der im Jahr 1995 gegründeten namensgleichen Gruppierung mit Sitz in Verden/Aller (Niedersachsen).

III. Regionale Verteilung

Die erfassten „Reichsbürger“ verteilen sich bezogen auf die räumlichen Zuständigkeitsbereiche der Polizeipräsidien wie folgt:

- PP Koblenz: ca. 33 % (134 Pers.),
- PP Mainz: ca. 19 % (76),
- PP Rheinpfalz: ca. 18 % (72),
- PP Trier: ca. 12 % (51),
- PP Westpfalz: ca. 13 % (54),
- Wohnsitz außerhalb RP: ca. 5 % (20).

Diese Darstellung dient allein der regionalen Zuordnung; sie bildet nicht die Delinquenz ab.

IV. Rechtsextremistischer Hintergrund

Von den 407 erfassten Personen haben zwei Personen zugleich einen rechtsextremistischen Hintergrund (d.h. 0,5 %). Des Weiteren sind 19 Personen durch Begehung szenetypischer Straftaten auffällig geworden (Volksverhetzung, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen).

Nach Einschätzung der Bundesregierung belief sich die Zahl der „Reichsbürger“ im Bundesgebiet mit Stand Februar 2017 auf rund 10.000, darunter etwa 500 bis 600 Rechtsextremisten - mithin ca. 6 %.¹

¹ Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Reichsbürger - Anhaltspunkte für eine Bewegung in Waffen“ der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Deutscher Bundestag Drucksache 18/10933 vom 18.01.2017), Deutscher Bundestag Drucksache 18/11246 vom 20.02.2017.

V. -Waffenrechtliche Erlaubnis

Über eine waffenrechtliche Erlaubnis verfügen nach aktuellen Erkenntnissen 37 der 407 Personen, d.h. etwa 9 %. Diese setzen sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

- Waffenbesitzkarte: 17 Personen (ca. 4 %)
- Kleiner Waffenschein: 15 Personen (ca. 4 %)
- Waffenbesitzkarte und kleiner Waffenschein: 5 Personen (ca. 1 %)

In Rheinland-Pfalz zeigt sich folgendes Verhältnis beim Waffenbesitz zur Gesamtbevölkerung (Stand 31. Januar 2016):

- *Waffenbesitz: 68.699 (ca. 1,7 %)*
- *Kleiner Waffenschein: 15.845 (ca. 0,4 %)*

Nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder sollen bundesweit ca. 700 „Reichsbürger“ eine waffenrechtliche Erlaubnis besitzen, mithin ca. 7 % bezogen auf rund 10.000 Personen (Stand: Februar 2017).²

VI. Delinquenz

Insgesamt 87 der 407 erfassten „Reichsbürger“ sind polizeilichen Angaben zufolge bereits strafrechtlich im weitesten Sinne in Erscheinung getreten; dies entspricht rund 21 %. Hierunter fallen mit Blick auf künftige Gefährdungseinschätzungen u.a.:

- Körperverletzungsdelikte, begangen von 16 Personen (ca. 4 %)
- Widerstandshandlungen, begangen von 22 Personen (ca. 5 %)
- Bedrohungen/Beleidigungen, begangen von 24 Personen (ca. 6 %)

Anmerkung: Mehrfachnennungen eingeschlossen.

² Ebd.

VII. Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst

Gemäß der bisherigen Auswertungsergebnisse handelt es sich bei zwei der erfassten Personen um aktive Angehörige des öffentlichen Dienstes (kommunale Bedienstete).

In der Landesverwaltung ist bislang eine Person verdächtig aktiver „Reichsbürger“ zu sein; ein Polizeibeamter aus dem Bereich des Polizeipräsidiums Trier.

Verdachtsmomente bestehen ferner gegenüber vier weiterer Personen aus dem Öffentlichen Dienst, die sich bereits im Ruhestand befinden.

In zwei weiteren Fällen, die den aktiven Dienst betreffen, bedarf es noch der Verifizierung erster, vager Hinweise.

VIII. Vorgehen der Reichsbürger

Die Auswertung hat bestätigt, dass insbesondere die öffentliche Verwaltung von „Reichsbürger“-Aktivitäten unmittelbar betroffen ist. Vor allem die allgemeine innere Verwaltung auf kommunaler Ebene (z.B. Meldeämter, Bußgeld- und Vollstreckungsstellen) ist Ziel der Aktivitäten.

Die Finanzverwaltung ist ein weiteres vorrangiges Ziel der „Reichsbürger“. Dies liegt an der regelmäßig zu Tage tretenden, strikten Verweigerung jeglicher amtlicher Schreiben und belastender Bescheide. So wird er Entrichtung kommunaler Abgaben oder auch Steuerforderungen widersprochen.

Außerdem verfassen „Reichsbürger“ umfängliche, letztlich substanzlose Schriftstücke, mit denen öffentliche Stellen überzogen werden. Üblich sind dabei auch Schriftstücke mit konfrontativem Charakter, mit denen - rechtlich völlig haltlose - Mahnungen oder Zahlungsaufforderungen an kommunale Bedienstete gerichtet werden.

Bemerkenswert dabei ist, dass zahlreiche solcher Pamphlete im Internet quasi als „Blau-pause“ vorliegen und mit wenigen persönlichen Ergänzungen versehen von jedermann genutzt werden können.

Fazit

Bei den für Rheinland-Pfalz relevanten „Reichsbürgern“ handelt es sich überwiegend um Männer über 50 ohne erkennbaren Organisationsbezug.

Regionale Schwerpunkte sind der nördliche Landesteil und folgend Rheinhessen, die Vorder- und die Südpfalz.

Die Schnittmenge zwischen dem Reichsbürger“-Spektrum und der rechtsextremistischen Szene ist in Rheinland-Pfalz sehr gering.

Die Anzahl waffenrechtlicher Erlaubnisse sowie die Delinquenz liegen bei „Reichsbürgern“ prozentual über den Bezugswerten bezogen auf die Gesamtbevölkerung, wobei sich der Waffenbesitz in Rheinland-Pfalz auf einem niedrigen Niveau bewegt.

Nächste Schritte

Zunächst gilt: Die öffentliche Verwaltung ist und bleibt gehalten, bestehendes Recht konsequent anzuwenden, um den Aktivitäten der „Reichsbürger“ zu begegnen. Die Landesregierung sieht ihre vordringliche Aufgabe darin, die Verwaltung - zuvorderst die Kommunen - dabei zu unterstützen. Die gewonnenen Daten dienen vor diesem Hintergrund der Konzeption von Maßnahmen gegen das „Reichsbürger“-Spektrum. Die Zielsetzung ist ein koordiniertes und konsequentes Vorgehen. Noch im Mai wird ein erstes Planungstreffen der interministeriellen Arbeitsgruppe dazu stattfinden.

Die Maßnahmen der Landesregierung werden einer „Null-Toleranz-Linie“ folgen. Vorrangiges Ziel ist es, die Aktivitäten der „Reichsbürger“ umfassend einzudämmen. Ein besonderes Augenmerk wird man dabei vor allem auf den Aspekt Waffenbesitz richten. Die Waffenbehörden sollen durch geeignete Informationen in die Lage versetzt werden, jeden Einzelfall mit dem Ziel zu prüfen, ob die Waffenerlaubnis zu entziehen oder zu versagen ist.

Zweiter Schwerpunkt der Gegenmaßnahmen sind öffentlich Bedienstete mit „Reichsbürger“-Hintergrund. Es bleibt ein unüberbrückbarer Widerspruch, für einen Staat zu arbeiten, den man als solchen nicht anerkennt.

Es kann jedoch nicht allein bei repressiven Maßnahmen bleiben. Hilfen für die öffentliche Verwaltung und Prävention sind gleichsam wichtig. Insgesamt sollen Aufklärung und Information dazu beitragen, dass die „Reichsbürger“-Szene reduziert wird und keinen neuen Zulauf erhält.

Eine Maßnahme wird daher sein, die zuletzt im Januar aktualisierte, Themen bezogene Informationsschrift der Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus um die neuesten Erkenntnisse und weitere Handlungsempfehlungen für den Umgang mit „Reichsbürgern“ zu ergänzen. Hinzu kommen Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden, um die Beratung der Kommunen zu intensivieren.